

1100 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Unterrichtsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. März 1974,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Studienförderungs-
gesetz geändert wird

Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß soll eine Anpassung des für die Beurteilung der sozialen Bedürftigkeit maßgebenden Einkommensbegriffes an die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes 1972, BGBl.Nr. 440, erfolgen. Weiters sollen die Studienbeihilfen und Erhöhungsbeträge des § 9 Studienförderungsgesetz erhöht sowie die öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Lehranstalten in die Zuständigkeit der Studienbeihilfenbehörde einbezogen werden.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 12. März 1974 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. März 1974, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Studienförderungsgesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 12. März 1974

Ing. M a d e r
Berichterstatter

H o f m a n n - W e l l e n h o f
Obmann